



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/104

31. August 1949

Was die Demontagen beweisen

-dt. Die Demontage-Denkschrift der SPD ist eine Herkules-Arbeit, dass sie keine Sysiphus-Arbeit sei, wird an Aussenminister Bevin liegen. Das kommt in dem einzigen Satz zum Ausdruck, mit dem in der Denkschrift die Labour Party angesprochen wird, in dem Satz nämlich, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, "dass die britische Labour Party die britische Labour-Regierung auch davon überzeugen kann, eine konstruktive Haltung dieser Frage gegenüber einzunehmen".

Man kann, wie die Verhältnisse zeigen, auf der Seite der Sieger über die Demontagepolitik verschiedener Ansicht sein. Man kann, wie es die amerikanischen Gewerkschaften getan haben, mit allen Argumenten des gesunden Menschenverstandes sich dafür einsetzen, dass die Fabriken, die nicht ausschliesslich Pulver und Kanonen erzeugen, für Europa in Deutschland erhalten bleiben. Man kann ferner, wie es die französischen Gewerkschaften getan haben, aus verständlichen Gründen zögernder und später als die Amerikaner fünf Minuten vor Zwölf zu der Überzeugung kommen, dass des Bösen nun genug geschehen sei. Man kann schliesslich, wie es die Labour Party bisher, von wenigen Ausnahmen abgesehen, getan hat, sich allen deutschen Argumenten verschliessen und auf dem bitteren "Wein" beharren. Die Rechnung wird man dann jeweils bei allen deutschen Wahlen, mit der von August 1949 angefangen, präsentiert bekommen. Man kann dann von Neofaschismus, vom unbelchrbaren deutschen Volk, vom Versagen der demokratischen Parteien sprechen; aber man kann, wenn man ehrlich bleiben will, nicht die Schuld dafür den Deutschen in die Schuhe schieben. Minister Bevin hat jetzt in Washington noch einmal Gelegenheit, den Vorwurf zu zerstreuen, dass er mit der linken Hand nehmen wolle, was Marshall mit der rechten borgt.

Es ist kein Zufall, dass die deutschen Arbeiter den leidenschaftlichsten Kampf gegen die Demontage führen. Man müsste meinen, dass in erster Linie die betroffenen Eigentümer sich vor ihre bedrohten Fabriken stellen und mit Zähnen und Klauen das verteidigen sollten, was sie aufgebaut, ererbt oder sonstwie erworben haben. Nichts dergleichen ist geschehen. Was noch schlimmer ist: Auch vom Kollektiv der Unternehmer, wenn der einzelne sich zu schwach fühlen sollte, hat man nichts vernommen, was in der Abwehr der Demontage dem Kampf der Arbeiterschaft gleicht. Vor den alliierten Gerichten ist schon

mancher Arbeiter im Zusammenhang mit den Demontagen verurteilt worden, man hat aber noch nichts davon gehört, dass ein Unternehmen in die gleiche Situation gekommen wäre.

Das ist kein Zufall und hat einen tieferen Sinn, der über die Demontagen hinauswirkt. Bei den meisten zur Demontage verurteilten Fabriken handelt es sich um grössere Werke, die vermögensrechtlich den Charakter eines Privatunternehmens verloren haben und Eigentum geworden sind. Die heutigen Eigentümer beherrschen die Fabriken mittels unpersönlicher Aktien, ihre einzige Verbindung zu den Werken besteht darin, in der Generalversammlung der Aktionäre ja oder nein zu irgend welchen Beschlüssen zu sagen, auf deren Entstehen sie keinen Einfluss haben. Von solchen Menschen ist nicht zu erwarten, dass sie sich vor die bedrohten Fabrikatoren und vor die alliierten Gerichte stellen. Die Arbeiter aber haben es getan. Sie haben damit bewiesen, dass sie mit diesen Fabriken inniger verbunden sind, als jene, die sich heute noch als Eigentümer bezeichnen. So hat die Arbeiterschaft am Beispiel der Demontage demonstriert, wie ausgehöhlt die heutigen Besitzansprüche an den Produktionsmitteln sind. "Was Du ererbt von Deinen Vätern ^{hast} erwirbt es, um es zu besitzen" - weil wir im Goethejahr sind. Die Unternehmer haben, wie der Kampf gegen die Demontage zeigt, nichts erworben, wohl aber die Arbeiter. Das zeigt, dass die Sozialisierung nur einen Schlusspunkt unter eine Entwicklung setzen würde, die moralisch längst zugunsten der Arbeiterschaft gesprochen hat.

 "Fehler in Deutschland"

sp. In einem Brief an "News Chronicle" beklagt sich Victor Collanz, der bekannte englische Verleger und Begründer der "Rettet Europa jetzt"-Bewegung, über die Fehler, die von den Engländern im besetzten Deutschland gemacht wurden. "Wir hätten alle rein äusserlichen und mechanischen Kontrollen als zwecklos und schlimmer als zwecklos ansehen und hätten danach trachten sollen, die Herzen der Deutschen zu gewinnen - einschliesslich jener unzähligen jungen Nazis, die sich der Bewegung aus einem wirrköpfigen und verkehrten Idealismus anschlossen - indem wir ihnen praktisch zeigten, was Freiheit, Demokratie und christliche Ethik wirklich bedeutet. Statt dessen stimmten wir, neben vielen anderen Dingen (einschl. der Wegnahme riesiger Gebiete und der Austreibung etlicher zehn Millionen Seelen) der unaussprechlichen "Entnazifizierungs"-Politik zu, die auf genau den gleichen Ideen basiert, deren extremster Ausdruck der Nazismus war. "Wie kommt es, dass Männer, wenn sie Politiker werden, geistig oder intellektuell kindisch werden, oder beides? Unersetzlicher Schaden ist angerichtet worden, aber wir können zu jeder Zeit aufhören, Fehler in der gleichen idiotischen Form zu begehen. Um damit zu beginnen, lasst uns sofort und total mit der Demontage aller Werke aufhören ausser jenen, die nachweislich nicht friedlichen Zwecken zugeführt werden können. Würden wir uns zu guten Nachbarn entwickeln, wenn wir Jahre nach einem Krieg, in dem wir besiegt wurden, zusehen müssten, wie unsere Existenzgrundlagen vor unseren Augen zerstört werden?"

Finlands drei Hauptprobleme

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

K.V. Nach Kriegsende musste Finnland mit drei Hauptproblemen kämpfen, von denen jedes die Kraft des kleinen Landes zu übersteigen schien, das durch zwei Kriege und zwei Niederlagen auf das Härteste getroffen war. Seitdem sind fast fünf Jahre verflossen. Das finnische Volk hat diese Hauptprobleme teils gelöst, teils so weit ihrer Lösung entgegengeführt, dass sie heute keine wesentlichen Schwierigkeiten mehr hervorrufen.

Die Kriegskontributionen an Russland

Die Kriegskontributionen an Russland waren das vordringlichste Problem. Die ursprünglich festgesetzten 300 Mill. Dollar Schadenersatz mussten in Warenwerten abgegolten werden, und die Preise wurden nicht nach dem geltenden Dollarkurs bewertet, sondern nach den Preisen von 1938. Ein grosser Teil der zu liefernden Warengattungen bestand aus hochqualifizierten Industrieerzeugnissen, die zuvor von Finnland selbst nie hergestellt worden waren, und die die Organisation ganz neuer Industriezweige notwendig machten. Wenn man diese Mehrkosten und das Steigen der Weltmarktpreise seit 1938 in Betracht zieht, entsprach der Wert der an Russland zu liefernden Warenmengen 600 Mill. Dollar, errechnet nach ihrem heutigen Kaufwert.

Die Kriegskontributionen traten vom 19. September 1944 ab in Kraft und sollten am 19. September 1950 beendet sein. 1945 wurde mit Russlands Billigung der Lieferungstermin um zwei Jahre verschoben, so dass Finnlands Schadenersatz an Russland erst am 19. September 1952 ausläuft.

Der grösste Erfolg, den Finnland in dieser Frage errungen hat, war jedoch die Reduzierung der ursprünglich vorgesehenen Warenlieferungen um etwa ein Viertel oder 73,5 Millionen Golddollars. Sie wurde im Sommer 1948 gewährt, kurz nachdem Fagerholm und Finnlands Sozialdemokratie die Regierung übernommen hatten. Die bis heute entrichteten Schadenersatzlieferungen an Russland repräsentieren einen Gold-Dollarwert von 172,5 Millionen. In den kommenden drei Jahren sind noch Warenwerte von 54 Millionen Golddollar zu entrichten.

Gelöstes Flüchtlingsproblem

Das zweite grosse Problem galt der Unterbringung und Seßhaftmachung der Flüchtlinge. Finnlands fruchtbarstes Gebiet, Karelien, war erneut an Russland zurückgefallen, Mehr als 400.000 Finnen gingen nach Alt-Finnland, weitere 40.000 aus dem ebenfalls an Russland fallenden Porkala-Gebiet. Jeder achte Einwohner Finnlands war Flüchtling. Heute sind viele dieser Flüchtlinge im westlichen Finn-

land untergebracht und sesshaft gemacht werden.

Die Sesshaftmachung der Bauernflüchtlinge hat zu einer Agrarreform grossen Stiles geführt. Während Finnland 1941 noch 731 Grossgüter zählte, ist diese Anzahl heute auf 120 zurückgegangen mit einem Gesamt-Areal von 200.000 Morgen gegenüber 1.200.000 im Jahre 1941. Die Zahl der Bauernhöfe zwischen 10 und 50 Morgen ist von 39.600 im Jahre 1941 auf 61.600 heute angewachsen.

Der Wiederaufbau Nordfinnlands

Das dritte Problem war der Wiederaufbau des nördlichen Finnland. Nach Ende des Krieges wurde das finnische Meer nicht aufgelöst. Es erhielt von der Siegermacht die Aufgabe zugeteilt, die deutschen Heeresreste zu entwaffnen, die sich in Nordfinnland festgesetzt hatten. Die Zerstörungen waren radikal. Durch eine glückliche Verbindung von staatlichen Hilfsmassnahmen und der Initiative der dort ansässigen Bevölkerung ist der Wiederaufbau in verhältnismässig kurzer Zeit durchgeführt worden. Die finnische Regierung hat mitgeteilt, dass der Wiederaufbau dieses weiten Gebietes im grossen und ganzen zu Ende geführt ist.

Das äussere Bild, das Finnland heute zeigt, und das so grundverschieden von jenem Bilde ist, das das Land den Besucher in den ersten drei Jahren nach dem Kriege bot, ist keine Fata Morgana. Der Wiederaufstieg Finnlands ruht auf einer soliden Grundlage. "Das finnische Wunder" ist ein Produkt zäher Arbeit, vernünftiger Politik und starker Selbstdisziplin.

Soziales Gewissen oder Parteidisziplin

R.D. Man kann die Sorgen der alten christlichen Gewerkschafter verstehen, die vom "Sozialismus aus christlicher Verantwortung" Jakob Kaisers, über das "Ahlener Programm" der CDU und die "Düsseldorfer Leitsätze", bis zur Erklärung Dr. Konrad Adenauers nach der Wahl, das Wahlergebnis sei eine klare Entscheidung gegen jede Art von Sozialismus, Stück für Stück der sozialen Programmpunkte dieser Partei verschwinden sahen. Sie erlebten, wie sich diese Partei immer ausgeprägter zu einer Vertretung besitzbürgerlicher Interessen entwickelte und an die sie kaum noch mehr bindet als der Gewissenszwang ihrer Konfession. Dr. Adenauer hält diese Bindung wahrscheinlich auch für ausreichend genug, um seine politischen Entscheidungen ohne Befragung oder Zutun der sozial verpflichteten christlichen Gewerkschafter zu treffen. Er hatte sie nicht nach Mondorf eingeladen, sie hätten auch bei den privaten Gesprächen mit dem päpstlichen Gesandten nur störend gewirkt.

Die CDU-Gewerkschafter haben sich daher auf einer besonderen Tagung über Richtung und Weg der bevorstehenden Bundesregierung zu

orientieren gesucht. Aber auch hier sind die maßgebenden CDU-Politiker nicht erschienen. Aus der Erklärung Jakob Kaisers, dass die Erörterungen dieser Konferenz die Einheitlichkeit der CDU-Politik nicht gefährden werden, geht weniger deutlich hervor, worum es auf dieser Tagung ging, als aus den Worten des CDU-Gewerkschafters Föcher. Er ist der Meinung, auch im kommenden Bundestag würden die Gewerkschafter den sozialen Gedanken vertreten und sich gegen ihre Überzeugung keinen Fraktionszwang fügen. Wenn ausserdem verlautet, dass Arnold an den kommenden Fraktions- und Koalitionsbesprechungen nicht teilnehmen wird, so wird deutlich, wie weit die Differenzen um das soziale Gesicht der CDU bereits gediehen sind.

Die klaren Forderungen der Gewerkschaften, kurz vor den Wahlen noch einmal allen Parteien zur Stellungnahme vorgetragen, sind auch von den CDU-Gewerkschaftern vollinhaltlich unterschrieben worden. In ihnen wurde die Sozialisierung der Grundstoffindustrien, das uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in der Wirtschaft, ihren Selbstverwaltungsorganen und den Wirtschaftsbehörden verlangt. Planvolle Kredit- und Rohstofflenkung zur Sicherung der Vollbeschäftigung und Angleichung des Lohn-Ereigniveaus, notfalls durch staatliche Zwangsmittel, um nur einige dieser Punkte in Erinnerung zu bringen, sind geradezu Angelpunkte einer Politik, der Herr Dr. Adenauer und seine Koalitionspartner den schärfsten Kampf angesagt haben.

Nicht alle CDU-Gewerkschafter sind so opportunistisch wie Kaiser und Storch, die sich bedingungslos der "Parteidisziplin" unterwerfen. Letztlich sind aber alle diese Gewerkschafter vor die gleiche Entscheidung gestellt. Es kann nur eine Frage der Zeit und des Erkenntnisvermögens sein, wann diese Kreise der CDU aus dem Widerspruch zwischen ihren parteilichen und sozialen Verpflichtungen die letzte Konsequenz ziehen.

Es wäre verfehlt, von vornherein Misstrauen in das soziale Verantwortungsbewusstsein der alten christlichen Gewerkschafter zu setzen. Sie haben durch ihre klare Befähigung der Einheitsgewerkschaft in den vergangenen Jahren eben dieses Verantwortungsbewusstsein unter Beweis gestellt. Doch sollte man auf alle unreinen Töne in der Gewerkschaft achten, die darauf abgestellt sind, zugunsten von Regierungs- oder Parteiprogrammen, oder vielleicht auch konfessioneller Ratgeber auf eine der klaren Forderungen der Gewerkschaften zu verzichten.

Dr. Adenauer hat mit seinen Erklärungen die Fronten scharf abgegrenzt. Um seiner Koalitionspartner willen hat er die Gewerkschafter unter seinen Parteifreunden brüskiert und sie vor die Gewissensfrage gestellt: Parteidisziplin oder soziales Gewissen. Es wird nun an den Gewerkschaftern selber liegen, diese Frage zu entscheiden; ihre Entscheidung wird eine Frage der menschlichen Qualität und sozialen Verantwortung sein.